

W i l d b a d e r Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. Circulation Nr. 10 bei der Oberamtspoststelle Remsbirg Postfach Wildbad. — Druckerei: Enzthalbad, Hübner & Co., Wildbad, Pflanzheim Gewerkschaft, Wildbad. — Postfachnummer 25174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklameweile 50 Pf. Absatz nach Paris, für Westen und bei Auslandsverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigennahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Ranturäumen oder wenn gerichtliche Zeileneinrichtung notwendig wird, fällt jede Nachlassermäßigung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad, Wilhelmstraße 56. Telefon 174. — Wohnung: Starnitzstraße 68.

Nummer 62

Februar 1928

Mittwoch den 14 März 1928

Februar 1928

63. Jahrgang

Die Phöbus-Angelegenheit

Feststellung der Schuldigen

Die peinliche Phöbus-Angelegenheit beginnt sich, je mehr davon in der Öffentlichkeit bekannt wird, zu einer Art Barmer-Skandal auszuwachsen. Der Bericht der Reichsregierung über die Ergebnisse der Untersuchung des Reichsparlamentarischen Ausschusses ist sehr vorsichtig, nicht zu sagen spärlich abgefaßt. Genauere Angaben will der Reichstanzler erst in der Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags am Dienstag nachmittags machen. Die Frage nach Schuld und Schuldigen wird inzwischen um so eifriger von den Parteien betrieben, denn auch die Phöbus-Angelegenheit ist, wie dies in Deutschland kaum anders möglich ist, zumal vor einer Wahl, bereits zu einer Parteifache geworden.

Unter dem Sammelnamen der Phöbus-Angelegenheit hat man eine Reihe gewagter Geschäftsunternehmungen zu verstehen, die der damalige Leiter der Seetransportabteilung des Reichsmarineamts, Kapitän Lohmann, mit verschiedenen, anscheinend zum Teil wenigstens recht fragwürdigen Handelsfirmen abgeschlossen hat. Die Hauptfrage, um die sich alles dreht — wenigstens für die parteipolitische Behandlung der Sache — wie weit Lohmann mit Wissen und mit Billigung seiner Vorgesetzten bis hinauf zum damaligen Reichswehrminister Gehler gehandelt, oder in welchem Umfang er die Geschäfte auf eigene Faust gemacht hat.

Daß eigenmächtige Unternehmungen Lohmanns vorliegen, geht aus dem genannten Bericht klar hervor, daß er aber auch solche wenigstens mit stillschweigender Zustimmung seiner „Vorgesetzten“ im weitesten Sinn des Wortes gewagt hat, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Dem amtlichen Bericht wurde von parlamentarischer Seite offenbar nicht ganz mit Unrecht entgegengehalten, daß er den Kapitän Lohmann zu schwer belaste, um seine Vorgesetzten zu schonen.

Unter den „Vorgesetzten“ sind nun aber nach den Ergebnissen des inzwischen entbrannten Parteistritts nicht nur die eigentlichen dienstlichen Vorgesetzten, sondern auch einflussreiche Männer des öffentlichen Lebens wie führende Reichstagsabgeordnete usw. zu verstehen. Von Wichtigkeit sind die Mitteilungen, die Reichsfinanzminister Dr. Köhler am 11. März in einer Zentrumsversammlung in Wildbad machte. Er erklärte, die gegenwärtige Reichsregierung sei an der beschämenden Phöbus-Angelegenheit weder sachlich noch persönlich beteiligt. Er selber habe erst durch einen Zeitungsartikel im vorigen Sommer Kenntnis erhalten, daß das Reich an der inzwischen verkrachten Phöbus-Filmgesellschaft mit Geldmitteln beteiligt sei. Aus den Akten sei nichts zu erfahren gewesen und von der ganzen Sache sei weder dem Staatssekretär noch einem Referenten des Reichsfinanzministeriums etwas bekannt gewesen.

Noch deutlicher spricht sich das Zentrumsblatt „Germania“ aus. Dies schreibt: „In der scharfen Beurteilung dieser Sache sind wir mit der demokratischen Presse einig. Aber die demokratische Presse hat den Fall leider so behandelt, als ob der gegenwärtigen Reichsregierung die Schuld oder Mitschuld zuzuschreiben sei.“

Es ist aber festgestellt, daß die Phöbus-Angelegenheit eine Hinterlassenschaft früherer Kabinette ist. Der frühere demokratische Reichsfinanzminister Reinhold wollte das zwar nicht zugeben. Aber Tatsache ist, daß Herr Reinhold die böse Geschichte sehr geheim gehalten hat. Auch der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Dr. Koch erklärte, daß er mit der Sache nichts zu tun habe. Er (Koch) habe lediglich den Kapitän Lohmann und seine Pläne (Herstellung von Marinefilmen in republikanischem Sinn) dem damaligen Reichsfinanzminister (Reinhold) empfohlen. „Man mag die Dinge leben wie man will“, schließt die Germania, jedenfalls hat Kapitän Lohmann sich der Empfehlung des Herrn Koch erfreut und sich ihrer auch bedient, und er hat die Billigung des Reichsfinanzministers Reinhold eingeholt. Die gegenwärtige Reichsregierung ist nur der Untersuchungsrichter in Verlethungen früherer Kabinette, und es könnte sich höchstens darum handeln, daß sie jetzt auch das Amt des Staatsanwalts gegen jene übernimmt.

Kapitän Lohmann ist aus dem Dienst entlassen und der beschlagnahmefähige Teil seiner Pension ist im Sinn des Schadenersatzes für das Reich, das um 30 Millionen geschädigt sein soll, mit Arrest belegt. Dies ist natürlich eine reine Formfrage ohne praktische Bedeutung. Viel wichtiger wäre es, wenn die maßgebenden Stellen ganz oben klüger und vorsichtiger würden und wenn sie sich belehigen würden, im Staatsdienst jede Parteipolitik und Parteirücksicht hintanzusetzen. Die Fälle Barmer, Kuttler, Bergmann, Lohmann usw. haben dem Reich Hunderte von Millionen gekostet. Das ist sehr schlimm, besonders in unserer allgemeinen Lage; aber noch viel schlimmer ist der moralische Schaden, wenn es in den Augen des Auslandes den Anschein gewinnt, als taumle Deutschland hemmungslos von einem Großskandal in den anderen.

Tagespiegel

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat dem Reichstag aus den Verhandlungen des landwirtschaftlichen Unterausschusses des Untersuchungsausschusses einen Vorbericht über die Verhältnissverhältnisse der deutschen Landwirtschaft zugehen lassen.

Der Schulkreuzer „Emden“ ist am Dienstag vormittag von seiner 16monatigen Weltreise auf der Schillingsee bei Wilhelmshaven eingetroffen.

Die Verhandlungen der Parteien der Reichsbahn sind gescheitert. Die Eisenbahngewerkschaften haben dringende Verhandlungen mit dem Generaldirektor beantragt.

Der Versuch des Berliner Bezirksamts Prenzlauer Berg, die Schulen des Bezirks in weltliche Schulen gewaltsam umzuwandern, wurde von der Elternschaft mit einem Schulstreik beantwortet. Nur ganz wenige Kinder besuchen noch die Schulen.

Der oberelsässische Senator und Rechtsanwalt Helmer setzt seine ungeheuren Anklagen gegen die französische Verwaltung und das Heer wegen Raubs von Milliardenwerten, Betrugs, Bestechung, Unterschlagungen und Schieberereien aller Art in einem offenen Brief an Poincaré fort. Die französische Rechtspflege sei, wie Helmer an verschiedenen Beispielen nachweist, in den Grund hinein verdorben und käuflich.

Das afghanische Königspaar ist in London eingetroffen und festlich empfangen worden.

Die rumänische Regierung hat die ablehnende Haltung Titulescus zu den Vorschlägen des Völkerbundsrats gebilligt.

Aus dem Phöbus-Bericht

Der Bericht über die Untersuchungen des Reichsparlamentarischen Ausschusses enthält weiter die Abmachungen des Kapitän Lohmann mit der Lignole-Gesellschaft, die an den Rohfilmen beteiligt war. Für diese Gesellschaft übernahm er namens des Reichs Sicherheitsbürgschaften in Höhe von 3, 5 und 0,92 Millionen Mark in der Annahme, daß die Gesellschaft so gestellt sei, daß sie von der Bürgschaft keinen Gebrauch zu machen nötig habe. Dies trat aber anfangs 1927 doch ein und Lohmann unterzeichnete die Verpflichtungsscheine für die Bankkredite, ohne seine Vorgesetzten in Kenntnis zu setzen. Als die Sache im August v. J. bekannt wurde, bemühte sich das Reichswehrministerium zu retten, was noch zu retten wäre. Aber nur die Verhandlungen mit der sogenannten Emska-Gruppe hatten infolgedessen Erfolg, als diese Gruppe sämtliche im Besitz des Reichswehrministeriums befindliche Phöbus-Aktien zu dem billigen Pauschalpreis von 7 Millionen Mark übernahm. Im Nachtragshaushalt für 1927 werden zur Deckung der Phöbus-Verpflichtungen 7 Millionen Mark angefordert. Einschließlich der von Lohmann früher schon in der Phöbus-Film-Aktiengesellschaft angelegten 2 807 770 Mark ergibt sich also für das Reich ein reiner Phöbus-Verlust von 9 807 770 Mark.

Die dritte Gruppe des Berichts umfaßt die Geschäfte, die Kapitän Lohmann ganz auf eigene Verantwortung getätigt hat. Hierher gehört seine Beteiligung bzw. der Erwerb von Aktien des von Lohmann für durchaus solid gehaltenen Berliner Bankvereins im Nennbetrag von 1,5 Millionen zum Kurs von 110 v. H., also tatsächlich 1 650 000 Mark. Schon im Winter 1926/27 mußte jedoch der Bankverein seine 4 Millionen Aktien auf 1,5 Millionen zusammenlegen. Der Verlust Lohmanns bzw. des Reichs betrug 825 000 Mark.

Eine ähnliche Gründung war ferner die Berliner Bacon Company. Das englische Wort bacon bedeutet Speck, und es ist bezeichnend, daß man der Gründung einen englischen Namen gab. Der Gegenstand des Unternehmens war angeblich ein neues Verfahren zur Konservierung von Schweinefleisch. In Dänemark befinden sich 72 Fabriken, die sich ausschließlich mit der Schlachtung von Schweinen und Gewinnung dieses Fleisches befassen. Die gesamte dänische Produktion, die einen jährlichen Wert von 500 Millionen dänischen Kronen ausmacht, wird vollkommen von England aufgenommen. Damit ist jedoch die Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes nicht annähernd erschöpft. Die tatsächliche Gestaltung des Bacon-Werks war, daß die Berliner Bacon Co. ihren Betrieb schon mehr oder minder stilllegen mußte, bevor diese Beteiligung dem Reichswehrministerium im August v. J. bekannt wurde. Gegenwärtig wird die Frage der Wiederbelebung des Baconwerks nach England im Zusammenhang mit der Notlage der deutschen Landwirtschaft in der Öffentlichkeit erörtert. So ist zu hoffen, daß wenigstens ein Teil der von Kapitän Lohmann in diese Unternehmung angelegten Beträge von rd. 1 235 000

Mark bei der Abwicklung des Falls wieder gerettet wird.

Als Verlustgeschäft hat sich die Beteiligung des Kapitän Lohmann an der Neustädter Slip G. m. b. H. erwiesen. Kapitän Lohmann hat diesen Betrieb Ende 1925 unter Benützung von Deckfirmen erworben, und zwar, wie er angibt, weil ihm dieser Betrieb für den Bau kleinerer Fahrzeuge besonders geeignet erschien. Es muß damit gerechnet werden, daß sich keinerlei Erlös ergibt, da die Eingänge aus der Veräußerung der Aktiva die vorhandene Passiva voll aufzehren werden.

In keiner Weise abschätzbar ist zurzeit der Wert einer 26prozentigen Unterbeteiligung des Kapitän Lohmann an einer angeblich vor der Erschließung stehenden Erzeugungsgesellschaft. Die Abwicklungsstellen stehen diesem Unternehmen zunächst zusehend und abwartend gegenüber. Es liegen aber dem Reichswehrministerium Gutachten namhafter reichsdeutscher Fachautoritäten vor, aus denen sich ergibt, daß in dem in Deutschland gelegenen Konzessionsgebiet tatsächlich mit bedeutenden Erzoorräten zu rechnen sein soll, und daß auch die Rentabilitätsfrage einer praktischen Erschließung des Erzoorkommens nicht ungünstig liegen soll. Die Abwicklungsstelle bleibt weiter bemüht, zunächst den in dieses Unternehmen angelegten Betrag von 340 000 M. baldmöglichst wieder hereinzubekommen.

Festgestellt wurde des ferneren eine Beteiligung an der Auswertung eines Patents, das eine Mühle für Kohlenstaubfeuerungsziele betrifft. Nach dem Gutachten mehrerer Sachverständigen ist es nicht ausgeschlossen, daß die in- und ausländischen Verwertungsgesellschaften, die noch im Bau begriffen sind, sich rentabel gestalten werden. Der gegenwärtige Wert der allerdings durch persönliche Bürgschaften gesicherten Beteiligung von rund 500 000 Mark kann für den Fall eines derzeitigen Verkaufs vorläufig nur geringfügig eingeschätzt werden.

Die etwa 28 000 Mark ausmachende Beteiligung an einem Patent betreffend Herstellung eines Betriebsstoffes für Motoren aus einem Spiritusgemisch, das die Nachteile der bisher aus Spiritus hergestellten Betriebsstoffe vermeiden soll, ist an die für die weitere Erprobung dieser Erfindung in Frage kommenden Amtsstellen abgegeben worden. Die Beteiligung Kapitän Lohmanns an einer Bergungsstudien-gesellschaft befand sich bereits in der Abwicklung, als Kapitän Lohmann noch in Dienst war. Der darin investierte Betrag von rund 80 000 Mark muß als verloren angesprochen werden.

Die Geldmittel Lohmanns

Die von Lohmann getroffenen Maßnahmen sind zum Teil unter Verletzung von Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung mit Mitteln bewirkt worden, die für andere Haushaltszwecke bestimmt waren. Ferner sind seinen Fonds Beträge zugesprochen, die ihrer Herkunft nach den eigenen Einnahmen des Reichs hätten zugeführt werden müssen. So hat Kapitän Lohmann die Beträge, die die Marine aus den dem Reichswehrminister zur Abwehr der durch den Einbruch in das Rhein- und Ruhrgebiet entstehenden Schäden überwiesenen Mitteln erhalten hatte, zum Teil für seine Unternehmungen verwendet. Einnahmen, die dem Reich aus dem Verkauf von beschlagnahmten Schmutzgeschiffen und Geräten zugeflossen sind, und Ersparnisse aus dem Fonds zur Heimbeförderung von Kriegsgefangenen sind nicht den eigenen Einnahmen des Reichs zugeführt, sondern mit ihnen die durch Lohmanns Maßnahmen notwendig gewordenen Ausgaben bestritten worden.

Die Frage, ob Kapitän Lohmann aus den Geschäften persönliche Vorteile gehabt habe, wird im Bericht verneint. Dagegen wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er sich in persönlichen Verkehr mit Geschäftsleuten eingelassen habe, die er hätte meiden sollen.

Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ sagt, es müssen schwere, früher undenkbare Organisationsmängel im Reichswehrministerium vorherrschen, wenn ein einzelner über solche Riesensummen verfügen und sie verlieren konnte, ohne daß die „Vorgesetzten“ etwas davon wußten oder merkten. Man habe wohl nichts merken wollen.

Phöbus im Haushaltsausschuß

Berlin, 13. März. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem Bericht über die Phöbus-Angelegenheit, die von sämtlichen Parteien aufs schärfste verurteilt wurde. Reichswehrminister Groner erklärte, er sehe sich persönlich dafür ein, daß so etwas nicht wieder vorkomme. Der Ausschuß beschloß die Einsetzung eines Unterausschusses, der die Einzelheiten der Angelegenheit untersuchen soll.

Neueste Nachrichten

Geringer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Berlin, 13. März. Die Gesamtzahl der Hauptunter-

